

Antrag

der Abgeordneten Renata Alt, Alexander Graf Lambsdorff, Grigorios Aggelidis, Nicole Bauer, Jens Beeck, Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar), Mario Brandenburg (Südpfalz), Dr. Marco Buschmann, Britta Katharina Dassler, Bijan Djir-Sarai, Dr. Marcus Faber, Otto Fricke, Thomas Hacker, Katrin Helling-Plahr, Markus Herbrand, Torsten Herbst, Manuel Höferlin, Dr. Christoph Hoffmann, Reinhard Houben, Olaf in der Beek, Gyde Jensen, Dr. Marcel Klinge, Daniela Kluckert, Pascal Kober, Konstantin Kuhle, Michael Georg Link, Alexander Müller, Roman Müller-Böhm, Dr. Martin Neumann, Christian Sauter, Dr. Wieland Schinnenburg, Matthias Seestern-Pauly, Frank Sitta, Bettina Stark-Watzinger, Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann, Katja Suding, Michael Theurer, Stephan Thomae, Nicole Westig und der Fraktion der FDP

Kooperation mit Mitteleuropa braucht neue Dynamik

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Mitteleuropa ist eine Schlüsselregion des europäischen Kontinents und ein wichtiger und integraler Bestandteil der Europäischen Union. Die Länder Mitteleuropas haben sich mit ihren Freiheitsbewegungen 1968 und 1989 sowie mit ihren Beitritten in EU und NATO zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung ihrer Gesellschaften und zur europäischen Integration bekannt. Dieses Jahr erinnern wir zum 30. Mal an die friedliche Revolution im Jahr 1989 in der Tschechoslowakei, in Ungarn und Polen, die den Zusammenbruch der totalitären Regime beschleunigte und letztlich zur Wiedervereinigung Deutschlands und Europas beitrug. Der damalige Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher sprach zu Recht von der „Stunde, in der Europa neu geboren wurde“. Der Wunsch nach Freiheit diente als Antriebskraft für die zivilgesellschaftlichen Bewegungen Mitteleuropas. Es waren die Jubelschreie und Rufe „Freiheit, Freiheit, Freiheit“ am 30. September 1989 in Prag, die den Untergang der DDR erheblich beschleunigten.

In den letzten 30 Jahren haben sich enge bilaterale politische, wirtschaftliche, kulturelle und gesellschaftliche Beziehungen zwischen den mitteleuropäischen Staaten Tschechien, Slowakei, Polen und Ungarn und Deutschland entwickelt. Wir alle profitieren vom gegenseitigen kulturellen, wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Austausch. Der Besuch von Bundeskanzlerin Angela Merkel am 9. Februar 2019 in Bratislava und ihre Teilnahme am Visegrád-Gipfeltreffen hat diese Partnerschaft gewürdigt. Der Deutsche Bundestag begrüßt die „Erklärung der Visegrád-Gruppe und der Bundesrepublik Deutschland anlässlich des 30. Jubiläums der historischen Umbrüche

in Mitteleuropa“. Diese Erklärung geht aber nicht weit genug. Eine dynamische Kooperation mit Mitteleuropa muss auf allen Ebenen ansetzen.

Das Ziel ist es, gemeinsame Positionen mit den vier mitteleuropäischen Staaten bei entscheidenden Fragen der Zukunft Europas zu entwickeln. Dabei müssen grenzüberschreitende und regionale Aspekte eine Rolle spielen, ebenso wie die Zusammenarbeit auf der bilateralen und europäischen Ebene. Die vielfältigen wirtschaftlichen Beziehungen mit der Region bilden eine stabile Grundlage für einen intensiveren Austausch auf der zivilgesellschaftlichen und politischen Ebene. Ein konstruktiver Dialog ist gerade auch bei aktuell schwierigen Fragen wie Rechtsstaatlichkeit, Unabhängigkeit der Justiz und Pressefreiheit notwendig. Dazu verpflichten uns auch die mitteleuropäischen Freiheitsbewegungen von 1989, die den Weg zur deutschen Wiedervereinigung beschleunigten.

Für Deutschland sind die Staaten Mitteleuropas strategische und wichtige Partner: In der liberalen Marktwirtschaft der EU, der gemeinsamen europäischen Energie-, Verteidigungs- und Außenpolitik sowie bei der Bekämpfung des Fachkräftemangels. Die wirtschaftliche Verflechtung Deutschlands mit den mitteleuropäischen Ländern ist bereits heute von herausragender Bedeutung. Im Jahr 2018 betrug das deutsche Handelsvolumen mit den vier mitteleuropäischen Staaten 293 Milliarden Euro. Technischer Fortschritt, insbesondere im Bereich der Digitalisierung, IT und der Künstlichen Intelligenz, ist eine Herausforderung für die gesamte EU. Deutschland und die vier mitteleuropäischen Staaten haben diese Bereiche jeweils zu einer politischen Priorität erklärt, was Gelegenheit zur vertieften Kooperation bietet, z. B. bei grenzüberschreitenden „Sonderwirtschaftszonen“ für digitale Ausgründungen von Unternehmen und Start-ups.

Im Januar 2019 wurde mit dem Vertrag von Aachen die tiefe Freundschaft und strategische Partnerschaft zwischen Frankreich und Deutschland bekräftigt. Ebenso wichtig ist aber auch der Ausbau der Beziehungen zwischen Deutschland und seinen anderen Nachbarländern, wie den Staaten in Mittel- und Osteuropa. Das Auseinanderdriften der EU nach Ost und West muss verhindert werden.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. sich auf deutscher und europäischer Ebene dafür einzusetzen, das Bewusstsein für die Geschichte sowie für die politische, wirtschaftliche und kulturelle Bedeutung und die Interessen der Slowakei, Tschechiens, Polens und Ungarns zu stärken;
2. das Amt eines Beauftragten für die Zusammenarbeit mit Mitteleuropa einzurichten;
3. regelmäßige gemeinsame Sitzungen auf Regierungsebene in den mitteleuropäischen Ländern und Deutschland einzurichten, die die Aspekte einer vertieften Zusammenarbeit analysieren und gemeinsam Lösungen erarbeiten;
4. zusammen mit den mitteleuropäischen Ländern Ausschüsse für grenzübergreifende Zusammenarbeit einzurichten, die Interessenträger wie nationale, regionale und lokale Gebietskörperschaften, Parlamente und grenzüberschreitende Einheiten umfassen und die alle Aspekte der grenzübergreifenden Zusammenarbeit koordinieren, fortlaufend die in Grenzregionen bestehenden Schwierigkeiten feststellen und Vorschläge für den Umgang mit ihnen erarbeiten;
5. gemeinsame Projekte, wie z. B. grenzübergreifende „Sonderwirtschaftszonen“, zwischen den mitteleuropäischen Staaten und Deutschland zur Stärkung des Binnenmarkts zu etablieren, um so zur Vollendung des europäischen Binnenmarktes beizutragen;

6. die grenzübergreifende Mobilität zu den mitteleuropäischen Staaten auszubauen, die bestehenden Verkehrsnetze besser miteinander zu verknüpfen sowie verkehrspolitische Barrieren abzubauen;
7. in Kooperation mit den Bundesländern die Anerkennung von Berufsqualifikationen und Hochschulabschlüssen zu erleichtern sowie rechtliche und praktische Hürden für das Arbeiten in den jeweiligen Ländern weiter abzusenken, um die Arbeitnehmerfreizügigkeit zu fördern;
8. die Forschung im Bereich der Künstlichen Intelligenz gemeinsam auszubauen, gemeinsame Projekte im Bereich Digitalisierung zu entwickeln und so in einen Technologie-Dialog zu treten;
9. sich dafür einzusetzen, dass auf europäischer Ebene sowie von deutscher Seite folgende Projekte mit den vier mitteleuropäischen Staaten finanziell und institutionell verstärkt gefördert werden:
 - a. Austauschprogramme für Jugendliche, Studenten, Journalisten, Vertreter der Zivilgesellschaft und Wissenschaftler
 - b. Erfahrungsaustausch im Bereich der dualen Ausbildung
 - c. vertiefte Forschungs- und Hochschulkooperation
 - d. zivilgesellschaftliche Projekte im Bereich der Stärkung der Rechtsstaatlichkeit;
10. die Arbeit der deutschen politischen Stiftungen in dieser Region stärker zu unterstützen;
11. eine europäische Grundwerteinitiative zu einem verbesserten Schutz von Rechtsstaatlichkeit, Menschen- und Bürgerrechten anzustoßen, wie von der FDP-Bundestagsfraktion im Antrag „Für eine europäische Grundwerteinitiative“ (Drucksache 19/7423) gefordert.

Berlin, den 7. November 2019

Christian Lindner und Fraktion

